

A N F R A G E von Cornelia Keller (BDP, Gossau), Barbara Ann Franzen (FDP, Niederweningen) und Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)

betreffend Strategie für mehr Ressourceneffizienz im Bau

Die Schweiz verbraucht jährlich rund 40 Mio. Tonnen Sand und Kies, wovon knapp 90 Prozent aus dem Inland stammen. Damit hat sie Glück, denn in vielen Ländern sind die Landreserven an Sand soweit zurückgegangen, dass dieser unkontrolliert aus den Meeren gefördert wird, mit erheblichen Folgen für Wirtschaft und Umwelt.

Trotz grossen Eigenreserven und hohen Umweltstandards stellt sich auch in der Schweiz die Frage, wie die natürliche Ressource Sand in Zukunft nachhaltiger und schonender genutzt werden kann. In der Verantwortung sind alle im Bauprozess involvierten Akteure, insbesondere die Bauherren, die Planer und die Unternehmer.

Der Staat als öffentlicher Bauherr trägt hier eine besondere Verantwortung, denn die staatsnahen Betriebe verfügen über eine grosse Marktmacht und damit über die Möglichkeit, die Nachfrage und Produktion des wertvollen Baumaterials massgeblich zu beeinflussen.

Der Regierungsrat wird darum aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist sich der Regierungsrat der wachsenden Verknappung der Rohstoffe Sand und Kies und den damit einhergehenden Problemen bewusst und falls ja, was unternimmt er, um diesem Problem zu begegnen?
2. Verfügt der Regierungsrat über eine gesamtheitliche und langfristige Strategie, um einer drohenden Verknappung von Baumaterial in der Schweiz und im Kanton Zürich entgegenzuwirken?
3. Welche Massnahmen unternimmt der Regierungsrat gegenüber den öffentlichen Bauherren, damit diese den ressourcenschonenden Einsatz von Baumaterial fördern?
4. Hat der Regierungsrat Kenntnis von den Anstrengungen des FKB (Fachverband für Kies- und Transportbetonwerke Kanton Zürich) im Bereich der Rezyklierung von Baumaterial und sieht er eine Möglichkeit, diese aktiv zu unterstützen?
5. Im Zusammenhang mit der langsamen Verknappung der Rohstoffe Sand und Kies kann der illegale Abbau und Handel von Kies ein Problem werden. Ist dies dem Regierungsrat bekannt und was unternimmt er allenfalls, um diesem Problem zu begegnen?
6. Welche Meinung vertritt der Regierungsrat zu einer möglichen Prämisse, grundsätzlich rezykliertes Material am Bau zu verwenden und Primärmaterial ausschliesslich in begründeten Ausnahmefällen einzusetzen?
7. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, in Zukunft bei Vergaben rezykliertes Material als Bedingung bei Ausschreibungen zu fordern?

Cornelia Keller
Barbara Ann Franzen
Josef Wiederkehr